

Saale-Beitung.

Neundvierziger Jahrgang.

Anzeigen werden die 6 geteilte Kolonnenpreis ober deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in untern Annahmestellen und allen Anzeigen-Geldheiten angenommen. Die ersten 10 Zeilen zu 1 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. - Abbestellungen von Anzeigenanträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erbeten täglich vormals. Sonntags und Montags einmal. Schriftleitung und Druck-Geldheiten: Halle, Gr. Braustraße 17. Nebengebäude: Markt 24.

Nr. 101. Halle, Dienstag, den 2. März 1915.

Wilson's Vorschlag und die Antwort

WTB. Berlin, 1. März. Die deutsche Antwort auf die Vorschläge des Präsidenten Wilson ist heute dem amerikanischen Botschafter überreicht worden.

Der Vorschlag des Präsidenten Wilson.

T. U. Genf, 1. März. In Paris und London wird gegen einen in der Note Wilsons enthaltenen Vorschlag, daß die Kriegführenden aus den in Frage kommenden Gebieten alle Minen entfernen sollten, eingemendet, daß dies sehr schwierig durchzuführen sei. Es müßten beiderseits gleichzeitig die Minen entfernt werden, und hierbei sei ein Waffenstillstand nötig, wofür auf keiner Seite Geneigtheit vorhanden wäre.

WTB. Paris, 1. März. Die Pariser Presse erklärt, Wilsons Vorschlag bezüglich des Handelskrieges könne von England nicht angenommen werden. Selbst Wilson werde dies nicht anders erwartet haben, denn er wisse, daß die Verbündeten die Blockade Deutschlands noch verschärfen müßten, um das Ende des Krieges zu beschleunigen.

Der U-Boot-Krieg.

c. B. Stockholm, 28. Februar. „Stockholms Dagbladet“ meldet aus Göteborg: Die Aktiengesellschaft der Enar-Reederei, die seit Kriegsbeginn die reguläre Schiffsverbindung Schwedens mit Hull aufrecht erhält, stellt ihre Fahrten ein. Hiermit hört der Verkehr nach Hull auf. Die deutschen Unterseeboote konzentrieren nämlich angeblich ihre Tätigkeit, um in die Nähe der Rüste an der Sumnermündung zu gelangen, wo der Schiffsverkehr sehr lebhaft ist. Der Reeder des Frachtschiffes „Rosafinde“, das der genannten Aktiengesellschaft gehört, weigerte sich, das Schiff nach Hull abgehen zu lassen und hat daraufhin die Besatzung entlassen. Die Enar-Linie wird nun ihre Schiffe nach nördlicher gelegenen Häfen, wie Widdlesborough, Lyne und Barkworth entsenden.

c. B. Kopenhagen, 1. März. Die französische Regierung sperre sämtliche Kanalfürden für den Handelsverkehr infolge einer Mitteilung der englischen Regierung, daß deutsche Unterseeboote an der Küste Frankreichs gesichtet wurden. Die Dampfschiffe von Walo und Paimpol sind vorläufig für vierzehn Tage gesperrt.

c. B. Stockholm, 1. März. „Evenska Dagbladet“ berichtet aus Paris: Es herrscht hier die allgemeine Auffassung, daß die Verbündeten keine Art von Konvois für Handelschiffe dulden werden.

Wieder ein englisches Schiff verloren. WTB. Berlin, 1. März. „Daily Chronicle“ berichtet einem Amerikaner Telegramm der „Post“ zufolge: In Anknüpfung auf der Nordküste der zu Wales gehörigen Insel Anglesey, dem Platz, wo die „Cambant“ torpediert wurde, sei ein Rettungsgürtel mit dem Namen „Weschanter“, Swansea, sowie ein totes Pferd angekommen worden. Die „Weschanter“ wurde 1891 erbaut und hatte eine Größe von 2784 Tonnen.

Amerikanisches Kriegsmaterial und der Unterseebootkrieg. Der „New York Herald“ meldet einem ihm zugehenden eigenen Drahtbericht zufolge: Infolge des Unterseebootkrieges in den englischen Gewässern sind in New York 15 mit Kriegsmaterial für England verfrachtete Dampfer am Auslaufen verhindert.

2 feindliche Schiffe versenkt.

Ein französisches Unterseeboot schwer beschädigt. c. B. Turin, 1. März. Der „Stampa“ wird aus London telegraphiert: Der Lloydagent drahtet aus Concepcion in Chile, daß der deutsche Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ den französischen Schiffen, 2250 Tonnen großen Dampfer „Jean“ sowie das englische, 1725 Tonnen große Segelschiff „Kidanton“ in den Grund bohrte, nachdem er den gesamten Mannschaften getötete, sich in Sicherheit zu bringen.

Erfolgreiche Kämpfe in den westlichen Karpathen.

2000 Russen gefangen. - Reiche Kriegsbeute. WTB. Wien, 1. März. Amtlich wird verkauft: Erfolge Kämpfe in den westlichen Abschnitt der Karpathenfront brachten mehrere russische Vorkessungen in unseren Besitz. 19 Offiziere und 2000 Mann wurden hierbei gefangen genommen und viel Kriegsmaterial erbeutet. Im Raum südlich des Dnjeper sind nach Eintreffen russischer Verstärkungen erbitterte Kämpfe im Gange. Alle feindlichen Angriffe, die auf unsere Stellungen verlust wurden, scheiterten unter den schwersten Verlusten des Gegners. In Polen und Westgalizien fanden auch gestern nur Gefechtskämpfe statt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die griechische Anleihe gescheitert.

Die griechische Anleihe ist gescheitert, da Griechenland folgende Bedingungen abgelehnt hat: Anschluss an die Entente-mächte, Militärvertrag mit England, freie Durchfuhr des Kriegsmaterials für Rußland und Serbien und Abtretung ägäischer Inseln zur Schaffung einer Kistenbasis. (A. N. N.)

c. B. Turin, 1. März. Nach nicht offiziellen, aber glaubwürdigen Meldungen aus Grosseto wurde gestern nacht zwischen der Insel Del Feglio um den Hafen Santo Stefano im Tyrrhäischen Meer ein französisches Unterseeboot gefunden, das fast beschädigt war. Die Präfektur in Grosseto hat sofort das Ministerium des Meeres benachrichtigt und um Verhaltensmaßregeln erzuht.

Der Reichshaushalt im Kriege.

Von einem Reichstagsabgeordneten wird uns geschrieben: Der neue Reichshaushalt hat jedoch einen Ueberblick über die wichtigsten Einnahme- und Ausgabequellen des Reichshaushaltes für 1915 veröffentlicht. An der Spitze der halbamtlichen Publikation wird auf die Unfähigkeit der Lage hingewiesen und bei den fortwährenden Ausgaben für Heer und Marine wird betont, daß sich die Dauer des Krieges nicht voraussehen läßt. Beide Äußerungen sind natürlich im Zusammenhang der Etatsverläuterungen nicht mit Sorgen und Seuzen, sondern umgekehrt mit dem festen Willen niedergeschrieben und aufgenommen, daß wir uns auf jede noch so lange Kriegsdauer einrichten. Die unbesorgte Entschlossenheit zum Durchhalten um jeden Preis beherrscht ebenso wie die ganze Nation auch alle Reichsämter, auch das Reichsfinanzamt. Und daß diese Entschlossenheit jederzeit in Taten umgesetzt werden wird, das beweist der vorliegende Vorschlag über die Einnahmen und Ausgaben des kommenden Etatsjahres 1915.

Fremdlich sind die technischen Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Reichshaushaltes ungewöhnlich groß. Es fehlt ja ein zuverlässiger Ueberblick über die kommenden Ausgaben, vielfach auch über die zu erwartenden Einnahmen. Deshalb können die vom Reichstag zu unterbreitenden Vorschläge nur die Bedeutung haben, ungefähre Richtlinien für die Weiterführung des Reichshaushaltes und für die spätere Rechnungslegung der Verwaltung zu schaffen. Dazu genügt es aber, den Etat für 1914 zugrunde zu legen, die durch Zeitablauf bedingten Veränderungen und Ergänzungen an ihm wegzunehmen und die wenigen neuen Maßnahmen hinzuzufügen, die sich auch in der gegenwärtigen Kriegszeit als unerlässlich erweisen. Späterer Beschlußfassung muß es vorbehalten bleiben, notwendige Ergänzungen und Berichtigungen an den jetzt noch unklarer Vorausberechnungen anzubringen.

Natürlich interessieren diejenigen Korrekturen des alten Etats von 1914 am meisten, die bei Heeres- und Marineausgaben im Jahre 1915 für unerlässlich gehalten wurden. Die fortwährenden Ausgaben dieser beiden Verwaltungen sind seither schon auf den außerordentlichen Etat übernommen worden und betragen im ablaufenden Rechnungsjahr 1914 insgesamt 10.300.000.000 Mark. Sie sind bekanntlich durch die vorhandenen Gold- und Silberbestände und durch 2 Kriegsanleihen von je 5 Milliarden Mark gedeckt worden, deren zweite in diesen Tagen erst aufgelegt wurde. Im

neuen, am 1. April beginnenden Rechnungsjahr fordert der Schatzkammer für Kriegszwecke zunächst nur die Hälfte des Jahresbedarfs, also ebenfalls nur die Hälfte des Jahresbedarfs. Es bleiben aber dann immer noch weitere, nicht unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängende laufende Ausgaben für Heer und Marine zu decken, die diesmal nur auf ungefähre die Hälfte der fortwährenden Verwaltungsausgaben für unsere Wehrmacht veranschlagt sind, nämlich auf 446.589.708 Mark für das Reichsheer und auf 110.430.749 Mark für die Marine. Schließlich sind auch noch einmalige Ausgaben beider Verwaltungen aufzubringen, die gleichfalls nicht aus dem Kriegsfonds gedeckt werden können. Sie sind in den neuen Etat eingeschätzt mit 69.375.403 Mark und 31.775.702 Mark. Demnach beläuft sich die Gesamtforderung für Heer und Marine „aus Anlaß des Krieges“ und für laufende wie für einmalige Verwaltungsausgaben auf die Riesensumme von 10.658.171.562 Mark. Rechnet man die verhältnismäßig geringen, ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen beider Verwaltungen mit 16,9 Millionen Mark ab, so bleiben immer noch 10,64 Milliarden Mark reiner Ausgaben für Heer und Flotte während des Kriegesjahres 1915. Dabei ist aber Voraussetzung, daß der Krieg mit Ablauf September zu Ende ist. Sonst müssen weitere neue Milliarden „aus Anlaß des Krieges“ beschafft werden.

Die nächsten Ziffern reden zunächst eine recht ernste Sprache. Während wir noch bei der Aufbringung der zweiten fünf-Milliarden-Kriegsanleihe hin und her mit neuer Eile in einer Schlußleiste: „Durch Anleihe bleiben mithin aufzubringen 9.961.842.782 Mark.“ Allein diese Sprache mag doch nur den finanzpolitischen Laien zu sprechen. Wer mag doch nur den finanzpolitischen Laien zu sprechen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Aufstellung eine ganz provisorische ist und daß wir keinen Anhalt dafür haben, wieviel in den ersten 8 Monaten des Krieges von den bis her aufgelegten 10 Milliarden wirklich verbraucht wird. Sodann ist zu beachten, daß die ersten Kriegsmomente eine erheblich größere Ausgabenlast brachten. Es dürfte der wirkliche Bedarf also erheblich geringer sein. Wer überdies den Zustand unserer Volkswirtschaft im Kriege genauer kennt, wer den Eifer und das Pflichtgefühl, mit dem die ersten Kriegsanleihen geschildert wurden, berücksichtigt, wer die gewaltige Erholung unseres Handels und Wandels in den letzten Monaten verfolgt, der ist überzeugt, daß auch weitere Milliardenopfer vom deutschen Volke bestimmt aufgebracht werden und daß keinesfalls aus Mangel an finanziellen Mitteln eine vorzeitige Beendigung des Krieges zu befürchten ist. Wie der neue Reichshaushalt den ganzen Haushalt des Reiches aus den Kriegszustand zugeschnitten hat, so werden wir alle, jeder einzelne Volksgenosse, den Privathaushalt immer stärker auf den Krieg einstellen. Und dann halten wir finanziell ebenso sicher durch, wie wir wirtschaftlich durchhalten, und militärisch abgehen werden, auch wenn es uns unsere Feinde noch so blutfauc machen!

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die schwierige Lage der Franzosen in den Vogesen.

c. B. Genf, 1. März. Privatmeldungen bestätigen den erheblichen deutschen Geländegewinn in den westlichen Vogesen und fügen hinzu, daß die Verluste an Toten und Verwundeten bei dem misglückten französischen Versuch, einen Teil der Stellungen von Mamont-Blancville zurückzugewinnen, ungewöhnlich bedeutend waren. Die Befreiung der Franzosen auf den noch von ihnen besetzten Vogesenspitzen bietet ungeahnte Schwierigkeiten, was wesentlich zur Minderung der Widerstandsfähigkeit beiträgt.

c. B. Genf, 1. März. Von der Südfront der Vogesen, wo offenkundig leichte Stellungskämpfe sich abspielen, hört man nach mehrtägiger Pause seit gestern wieder Kanonendonner. Im Münslerthal sind die Franzosen gegen die Grenze gedrängt worden. Bei den Alpenjägern soll nicht mehr die gleiche Schneidigkeit vorhanden sein als früher.

Der amtliche französische Heeresbericht.

WTB. Paris, 1. März. Amtlicher Bericht von gestern abends 11 Uhr: In Beaucourt bei Albert wurde ein deutscher Angriff durch unser Feuer sofort aufgehalten. Der Feind besaß 300 Mann mit 200 Granaten. In der Champagne machten wir auf der ganzen Kampffront merkwürdige Fortschritte (?). Nördlich von Verthes warfen wir einen Gegenangriff zurück. Wir behaupteten das gestern eroberte Schanzwerk und bereiteten unsere Stellungen vor, indem wir neue Schützengräben besetzten. Wir gewonnen Gelände in allen

die Auffälligkeiten, die nach einem wohlüberdachten Vorgehen, unermüdet heftigen Überfall leisteten, ist daraus zu ersehen, daß es dem Gouverneur nicht gelang, mit eigenen Mitteln die Meuterei zu unterdrücken. Im Falle eigenen Kriegsschiffe der Verbündeten mußten Landungstruppen aussteigen, und erst ihnen gelang es, die Meuterei zu überwinden.

Das Japan gefiel hat, was Japan schon lange geträumt hat, am 22. Februar 1915 ist es in Erfüllung gegangen. Die flotten geübten Männer von Nippon haben zum erstenmal mit den Waffen in der Sand indischen Boden betreten. Der englische Bundesgenosse war nicht mehr imstande, aus eigener Kraft Indiens Söhne im Saum zu halten. Erst japanische Hilfe vermochte ihn seinen Besitz zu bewahren. Die Rechnung hat Japan bereits vorher in Peking präsentiert . . .

Erordnung eines indischen Polizeipolizisten.

c. B. Amsterd., 1. März. Wie aus Kalkutta gemeldet wird, ist dort ein Eingeborener, der im Verdacht stand, Polizeigeld zu sein, in ein Haus gelockt worden, wo eine Anzahl politisch verdächtiger Personen sich aufhielt und dort ermordet worden.

Die Wahlrechtsfrage in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet heute den Etat des Ministeriums des Innern. Von fortgeschrittlicher Seite wurde an den Minister des Innern die Frage gerichtet, ob seine allgemeine gebaltene Erklärung, daß künftig die innere Politik auf wichtigen Gebieten mit den veränderten Zeitumständen in Einklang gebracht werden soll, sich auch auf

die Wahlrechtsreform

beziehe. Durch die Kriegserfahrungen habe der prinzipielle Standpunkt der Linken eine weitere Erhärtung erfahren. Das Gefühl, daß das Vaterland jedem zu gleichem Recht gebühre und bei der Gestaltung der Reichsgesetze nicht nach Klassen unterschieden werde, habe festerlich zu der erweiterten und erhebenden Einigung beigetragen, die wir brauchen. Der mit Rücksicht auf die Stimmung des Hauses seinerzeit eingebrachte Eventualantrag auf Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts hätte schon früher eine Mehrheit für sich gehabt, heute liege die Meinung zum Entgegenkommen nun hoffentlich gewachsen, und so dürfe man alsbald nach dem Kriege eine Wahlreform erwarten.

Der Minister erwiderte, daß er sich mit jener summarischen Erklärung begnügen wolle und nicht eine einzelne Frage herausheben möchte, die den Gegenstand von Differenzen bilde.

Die Nationalliberalen erklärten, an einer Wahlreform der von ihnen schon früher programmatisch festgelegten Art festzuhalten, jedoch erlaube es auch ihnen Rücksicht, nach dem Krieg hierauf zurückzukommen. Das politische Milieu führe aus, daß die Polen eine Demokratisierung des Landtagswahlrechts schon deshalb wünschen, weil bei einem anders zusammengesetzten Landtag auch die Polenpolitik anders ausfallen würde. Dieser Redner brachte Beschwerden über die Erblichkeit der nach dem Kriegsausbruch in deutschen Wäldern wohnenden „Ruß-Russen“ vor.

Die Debatte beschäftigte sich auch mit der Fürsorge für die invalide gewordenen Kriegsteilnehmer. Die Provinz Brandenburg ist im Begriffe, hierfür vorzulegen. Man ist darin einig, daß die Gemeinden und Provinzen wegen ihrer Kenntnis der Einzelverhältnisse besonders berufen sind, hier zunächst einzugreifen, sie sollen ihre Aufwendungen vom Reich erstattet erhalten. Später soll diese Aufgabe ganz dem Reiche zufallen.

Zur Wahlrechtsfrage sprach noch das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, das ausdrücklich die baldige Vorlegung einer Wahlreformvorlage, die das Reichstagswahlrecht für die preussischen Landtagswahlen bringt, fordert. Ein freizonnerativer Abgeordneter erklärte, daß es sich nicht mit dem Burgfrieden vertrage, diese Frage jetzt lösen zu wollen. Jedoch sei durch den Krieg ein Bedürfnis nach einer demokratischeren Wahlreform nicht bestehen, vielmehr nur die Notwendigkeit einer Stärkung der Staatsgewalt. Gegen diese Ausführungen wandte sich ein Fortschrittler, der betonte, daß die großen Opfer der Nation auch in der Wahlreform anerkannt werden müßten, für die sich eine Mehrheit im Saum finden werde. Bedauerlich sei, daß der Minister sich hinter eine allgemeine Erklärung zurückgezogen habe. Nach dem Kriege würde sich die Partei des Redners nicht hindern lassen, die Frage der Wahlreform auf das entscheidende zu betreiben.

Die Erörterung der Kartoffelfrage wurde für vertraulich erklärt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung brachte der Sozialdemokrat noch verschiedene Beschwerden gegen die Staatspolitik vor. Beim Medizinalwesen wurde es als sehr mangelhaft bezeichnet, daß vereiterte erkrankte Soldaten nur nach völliger Heilung aus dem Lazarett und der Behandlung entlassen werden. Auf verschiedene Anfragen gab die Medizinalverwaltung die Auskunft, daß ein abschließendes Urteil über den Heilwert der Tiefenbestrahlung bei Krebs noch nicht abgegeben werden könne; weiter wurde mitgeteilt, daß der Minister der bei Kriegsbeginn beobachteten Einschränkung der Gültigkeit und Heilfähigkeit bei Lungenschmerzen entgegengetreten ist, indem er durch Erlass auf die hohe Notwendigkeit hinwies, gerade jetzt die Lungens- und Sänglingsfürsorge eher noch zu verstärken, als darin nachzulassen. Der Erfolg dieses Eingreifens ist, daß zurzeit fast überall auf diesem Gebiet fast ebensoviel geleistet wird, als vor dem Kriege.

Der Etat des Innern wurde erledigt. Montag berät die Budgetkommission den Eisenbahnetat.

Die Fischereigeschlossenkommission des Abgeordnetenhauses legte (wie bereits gemeldet) am Sonnabend mit der zweiten Lesung des Gesetzes, auf dessen Verabschiedung die Staatsregierung großen Wert legt. Es wurde zunächst eine allgemeine Befragung vorgenommen, in der man ganz besonders auf eine Vereinfachung des Infanzgenusses wies. Auch erschienen die bisherigen Beschränkungen der Gemeinden bei der Ausübung ihrer Fischereiberechtigungen einzelnen Mitgliedern der Kommission nicht notwendig. Weiter wies verschiedene Redner darauf hin, daß die Koppelwässer bei bestmöglicher Ausübung derselben Beschränkungen unterworfen werden müßte, wie die Ausübung der Fischereiberechtigung juristischer Personen und Genossenschaften. — In der Einzelberatung fanden die §§ 1—24 im wesentlichen in der Fol-

lung der ersten Lesung Annahme. Bei § 3 jedoch wurden für den Kreis- und Bezirksausfluß der Bezirksausfluß und das Landeswasseramt als entscheidenden Instanzen eingeführt. Es handelt sich dabei um die Voraussetzungen, unter denen aus einem offenen Gewässer ein geschlossenes Gewässer gemacht werden darf und um die Entschädigung der dabei etwa geschädigten Fischereiberechtigten.

Am Montag leitete die Kommission ihre Arbeiten fort, von denen sie glaubt, daß sie erst während der Vertagung nach Erledigung des Etats werden beendet werden können.

Deutsches Reich.

Maßnahmen für die Versorgung mit Kartoffeln.

Eine Bestandsaufnahme der Kartoffelvorräte.

Durch das WTB. wird folgende offizielle Erklärung verbreitet:

In den Kreisen der großstädtischen Bevölkerung wie der Bewohner größerer Industriegebiete hat sich eine gewisse Besorgnis über das Ansehen der Kartoffelpreise und die in verschiedenen Orten aufgetretene Knappheit der Kartoffelvorräte geltend gemacht. Dabei hat die Erhöhung der für den Verkauf durch den Produzenten festgelegten Höchstpreise verschiedentlich den Gegenstand von Angriffen gebildet. Uebersehen ist hierbei, daß nur ein Teil, welcher höher als der Verfertigeranteil der Kartoffeln liegt, eine Verletzung des Marktes mit Speisekartoffeln gewärtigen kann. Um die infolge der Jahreszeit sehr beträchtliche Zufuhr nicht völlig nach anderen Gegenständen abzulösen, in denen deshalb vorübergehend auch die vom Oberkommando in den Marken festgesetzten Höchstpreise für den Kleinhandel aufgehoben werden müssen. Es besteht aber kein Grund zu der Befürchtung, daß ein Mangel an Speisekartoffeln den Anlaß zu der Kartoffelknappheit gegeben hätte. Eine demnach stattfindende Bestandsaufnahme der Vorräte wird in dieser Richtung völlige Gewißheit und Beruhigung schaffen. Die Art der Ware bringt es mit sich, daß eine allgemeine Bestandsaufnahme der Kartoffeln nicht zum Ziel einer gleichmäßigen Versorgung führen kann. Die Lagerung in großen Mengen ist unbrauchbar. Sollten an einzelnen Orten sich weiterhin dauernde Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung herausstellen, so sind die Behörden angewiesen, im Einzelfalle von der im Höchstpreissysteme vorgegebenen Befugnis, der Enteisung zugunsten der betreffenden Gemeinden Gebrauch zu machen.

Die Kriegsverluste unter den deutschen Juristen.

1375 deutsche Juristen und aus der Justiz hervorgegangene Reichs- und Verwaltungsbeamte sind bis 25. Februar nach der Verlustliste der „Deutschen Juristen-Zeitung“ im Kriege gefallen, u. a. 6 Rechtslehrer, 292 Regierungs- und Verwaltungsbeamte, Richter, Staatsanwälte, 255 Rechtsanwälte, 363 Assessoren, 459 Referendare und so weiter.

Ausland.

Verteilung russischer Sozialdemokraten.

WTB. Petersburg, 27. Febr.

Das Strafgericht verurteilte mehrere Sozialdemokraten, unter denen sich fünf Dumamitglieder befinden, zum Verlust ihrer bürgerlichen Rechte und zur Verbannungstrafe. Die Dumamitglieder waren angeklagt, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eine Agitation gegen den Krieg eingeleitet zu haben, und für die Verbreitung des Gedankens, alle europäischen Staaten mit Einschluß Russlands in demokratische Republiken umzugestalten, eingetreten zu sein.

Italien duldet nicht die jerbischen Einfälle in Albanien.

c. B. Wien, 1. März.

Die „Reichspost“ meldet aus Sofia: Das Blatt „Mir“ will erfahren haben, daß die italienische Regierung durch ihren Gesandten in Nikh der jerbischen Regierung erklären ließ, daß sie nicht ruhig zusehen könne, wenn jerbische Truppen in albanisches Gebiet einziehen, um zum Adriatischen Meere vorzudringen. Das genannte Blatt bemerkt dazu: Dieser Einpruch erklärt, warum die Serben ihre Operationen in Albanien eingestellt haben.

Spanische Flottenvermehrung.

WTB. Paris, 27. Februar. Der „Temps“ meldet aus Madrid: Die spanische Kammer nahm vor Schluß der Sitzung den Gesetzentwurf über Erbauung von 4 Kreuzern, 6 Torpedojägern, 28 Unterseebooten, 3 Kanonenbooten, 18 Küstenschuttern, sowie über Ankauf von Unterseeleinen und Schiffsmaterial an. Der Kredit, welcher auf 6 Jahre verteilt wird, beträgt 275 Millionen Pesetas.

Halle und Umgebung.

Seite 2. Halg.

Die Stadtverordnetenversammlung.

beschäftigte sich gestern vornehmlich mit der Beratung des neuen Haushaltsplanes. Vorher wurde über eine Interessenliste beraten, die Herr St. Worchert, unterstützt von einer Anzahl Stadterordneten, in Sachen der Brotmarkenausgaben eingebracht hatte. Herr St. Worchert brachte zur Sprache, daß viel zu wenig Ausgabestellen vorhanden seien, daß das Publikum stundenlang auf der Straßbahn warten müsse, daß sich weiter Kreise eine große Erbitterung bemächtigt habe. Von dem Gemeinderat Herrn Stadtrat Wurm und Bürgermeister v. Döllner wurden neue Erwägungen in der Sache vorgelegt; der Magistrat wurde sich,

wenn es gelte, Mißstände auf dieser Gebiete, wo noch keine Erfahrungen vorliegen, zu beseitigen, nicht ablehnend verhalten.

Zum Eingang in die Beratungen des Etats gab der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Herr St. Faust ein eingehendes über den gesamten Etat unter kritischer Würdigung einzelner Positionen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Steuererhöhung, die der Magistrat für die Einkommensteuer auf 29 Proz. bemessen habe, für die Realisten in entsprechendem Ausmaß, sich durch Abstriche vielleicht um 8—9 Proz. geringer bemessen lasse.

Angenommen wurden die Kapitel: Kapital- und Schuldenverwaltung, Beschäftigten, Provinzialangelegenheiten, Kirchenwesen, Museum, Leihamt, Theodor Schmid-Stiftung, Gartenverwaltung und Wasserwerk. Ein Besuch des Schulinspektors a. D. Robert Meyer an Entschädigung aus Anlaß der Einrichtung von Kindergärtnerinnen-Unterricht in der Frauenschule wird durch Uebertrag zur Tagesordnung erledigt.

Wir kommen im Abendblatt näher auf die gesamten Verhandlungen zurück. Im Morgenblatt schon einen ausführlichen Bericht zu veröffentlichen, ist mit Rücksicht auf die Bureaupost der Zeit, der die Druckbogen vorgelegt werden müssen, diesmal nicht möglich.

Die Fahrgeldeinnahmen der UEG. Stadtbahn-Halle betragen: vom 1. bis 28. Februar 1915 71 464,35 M., vom 1. bis 28. Februar 1914 80 057,10 M., weniger 1915 8592,75 M.; vom 1. Januar bis 28. Februar 1915 157 077,20 M., vom 1. Januar bis 28. Februar 1914 168 790,65 M., weniger 1915 11 713,45 M.

Provincial-Nachrichten.

Reipzig, 28. Febr. (Der Krieg und die Messe.) Der Leipziger Verkehrsverein beschloß, zum Neuenhainer auf der am 1. März beginnenden Frühjahrsmesse photographische Aufnahmen herstellen zu lassen, die ins Ausland geschickt werden sollen, um zu zeigen, daß die Messe trotz des Krieges erfolgreich durchgeführt wird.

Reipzig, 27. Februar. (Ein Massengrab von 1813.) Bei den Ausschärfungsarbeiten zum Neubau des Betriebshauses des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen an der Zeitzer Straße wurde etwa in der Mitte des Bauplatzes eine Masse menschlicher Gebeine, fünf Meter tief in die Erde getrieben, entdeckt. Die ursprüngliche Annahme, es könne sich dabei um prähistorische Ueberreste handeln, bestätigte sich bei näherer Untersuchung von sachverständiger Seite nicht. Die zahlreich gelagerten Gebeine waren, trotz des auffälligen tiefen Fundortes, vielmehr mit großer Wahrscheinlichkeit als Ueberreste gefallener Krieger aus der Zeit der Befreiungskriege, die hier ebenfalls ohne Bekleidung dem Schicksal der Erde übergeben worden waren.

Magdeburg, 28. Febr. (Vom General Leman.) Wie die „Neue Bäringer Zeitung“ zu berichten weiß, hat die Tochter des Generals Leman das internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf gebeten, sich dafür zu verwenden, daß ihr Vater, der nicht mehr leben könne, als inoffiziell aus der Kriesscheilhaftigkeit entlassen werde.

Eilenburg, 28. Febr. (Eine Fallenschanze.) Im einen weiteren Heerführer des Westkriegs 1914/15 zu ehren, hat der Magistrat den Beschluß gefaßt, der neuen Straße, die von der Kirchenschanze an der Reichmühlstraße bis Altsmet, die Mühlenschanze überschreitet und an dem neuen Garnisonareal vorbeiführen wird, in Erinnerung an den früheren Chef des Generalstabes des 4. Armeekorps, späteren Kriegsminister und gegenwärtigen Chef des Großen Generalstabes der Armee, General der Infanterie von Falkenhayn, den Namen „Falkenhayn-Straße“ beizulegen.

Hilbersdorf, 28. Febr. (Das Gefangenlager) ist zu erweitern worden, daß in den nächsten Tagen dort noch 10 000 Russen untergebracht werden können.

× Fressburg (U.), 27. Febr. (Schadenfeuer.) Gestern Abend brannte in dem nahen Dorfe Schöden die gefüllte Scheune des Gastwirts Helm ab, ohne daß dabei glücklicherweise Vieh oder die angrenzenden Gebäude Schaden litten. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Vaucha (U.), 27. Febr. (Goldene Hochzeit.) Gestern feierte hier das Karl Meißner'sche Ehepaar die goldene Hochzeit. + Weisau 6. Camburg, 28. Februar. (Sobé Ausscheidung.) Dem Major Kurt Lehmann, Sohn des Subintendanten Gustav Lehmann hier, welcher bereits mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet ist, wurde seit dem Kriege der Verlust der Ehrenkreuzorden 1. Klasse mit der Krone und mit Schwertern verliehen.

Apolda, 28. Febr. (Verbot der Kartoffelaussfuhr.) In den Kreisen der zweiten Verwaltungsbezirksverwaltung hat sich ein Mangel an Speisekartoffeln. Dabei bestehen auswärtige und bezirksangehörige Händler den Bezirk und verlangen, die bei den Landwirten entbehrenden Kartoffelvorräte für fremde Gemeinden aufzukaufen. Zur Abwendung der hierdurch für die Ernährung der Bevölkerung des Bezirks entstehenden Gefahren hat der Großherzog. Direktor des zweiten Verwaltungsbezirks die Aussuhr aller zur menschlichen Nahrung geeigneten Kartoffeln aus dem Verwaltungsbezirk verboten. Zweifelsbildungen werden, soweit nicht wegen Ertrags der vom Bezirksdirektor bereits in zahlreichen Fällen verfügten Beschlagnahme Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten oder Geldstrafen bis zu 10 000 Mark verurteilt sind, mit Haftstrafe bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 Mark geschädigt.

Wernigerode, 28. Februar. (Von dem Anseher der Stadt zur Frühjahrsbestellung) haben rund 1300 Zentner Saatwagner Gebrauch gemacht. Es sind im ganzen 1300 Zentner Saatwagner bestellt worden, die Bevölkerung die Möglichkeit dieser Frage erkannt und so rege von dem vorteilhaftigen Angebot der Stadterverwaltung Gebrauch gemacht hat.

@ Weimar, 28. Febr. (Der Gemeinderat) bewilligte 200 000 Mark zur Beschaffung von Fleischopfernden; 100 000 Mark hofft man dem Staatsministerium zu erhalten, das fürs ganze Land 50 Millionen Mark zu Zweck der Ernährungssicherung bereitgestellt hat, 100 000 Mark müssen abgefordert werden.

Neubauschütz, 28. Febr. (An den Pranger.) Der Landrat anderer Kreise ist bekannt, daß der Landwirt August Brannmann in Gölplinen seine Getreideernte bei der Bählung um 390 Zentner angeben hat. Bei der Nachprüfung wurde festgestellt, daß seine Getreideernte 991 Zentner betragen. Der Landrat stellt die Sandlungsweise des Braumann gebührend an den Pranger und bemerkt, daß diese Mißhandlung auch die gesetzlich vorgeschriebene Sühne finden werde.

Banenfalsch, 28. Febr. (Semmeln Ratt Brot) Der Magistrat ersucht die Bäcker, da es im Roggenmehl vorläufig noch nicht zur Beseitigung ihrer Kunden Ratt des Roggenmehls Weizenbrot (Semmeln) in der vorgeschriebenen Zusammenstellung und Größe (Gewicht) zu backen.

Altenburg, 28. Febr. (Eine Spende.) Für die durch den Rufteneinfall schwer geschädigten oberrheinischen Landwirte spendete der Landwirthschaftliche Verein Altenburg 20 000 Mark.

+ **Neustadt a. G., 28. Febr.** (Im Gefängnis) In Folge eines Unfalls ist aus einem Gefängnis der 3. Stockwerkes der Coburger Kreis der dort am 27. Januar durch den Verurtheilten verurtheilt worden. Der Verurtheilte ist ein 23-jähriger Arbeiter von hier. Das hiesige Tagblatt berichtet dazu, daß er, dessen einer Bruder in russischer Gefangenschaft sich befindet, während ein anderer Bruder ebenfalls in einem Zuchthaus an der französischen Grenze liegt, demnächst in dem Zuchthaus, er werde von den Russen verhaftet durch das geöffnete Fenster gelangen. Er hat das linke Bein gebrochen, das rechte verstaucht und am Kopf und Hände Verletzungen davongetragen. Er befindet sich auf seinem Lager noch kranke von einer Verletzung durch die Russen.

Gerichtsverhandlungen.

Mordmordbruch eines Liebespaars.
Saarbrücken, den 27. Februar.
Das hiesige Schwurgericht verhandelt gegen ein sehr junges Liebespaar, das sich unter Anklage des verurtheilten schweren Raubes begab, der Beifolge dazu zu verurtheilten hatte. Es handelte sich um den 22-jährigen Arbeiter Meiers, der schon wiederholt verurtheilt und die 18-jährige Arbeiterin Martha Wüsten. Meiers ist auf das junge Mädchen einen dämlichen Einfluß ausgeübt zu haben. Nachdem er mit ihr ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte, verleitete er sie, ihre adäpten Eltern trotz deren Bitten zu verlassen und ihm nach Luxemburg zu folgen, wo er hiesige Arbeit zu finden. Als ihm das nicht glückte, kehrte er in die hiesige Gegend zurück und fand sich eines Tages zusammen mit der Wüsten bei der Fiktalkleinerin Guß in Pachten ein. Dieser wurde erzählt, daß die Wüsten ebenfalls eine Fiktale der betreffenden Firma übernehmen sollte, worauf sich die Guß bereit erklärte, das Mädchen eine zeitlang zu beherbergen. Als sich nun die Guß wachen wollte, padte sie Meiers von hinten, warf sie ins Bett und fing an, sie zu misshandeln. Die Wüsten soll ihm dabei die Handtasche gestohlen haben, um es der Ueberfallenen in den Mund zu stecken. Auf das Hilferufen der Guß kamen Leute herbei, die die Wüsten sofort festnehmen konnten, während Meiers einige Zeit später erwischt wurde. Die Anklage nimmt an, daß die beiden Angeklagten bei der Guß mit dem wohlüberlegten Plane erschienen, sie zu bezaubern. In der Verhandlung behauptete die Angeklagte Wüsten, daß sie auf Befehl des Meiers gehandelt habe, der gedroht habe, sie zu erschlagen, wenn sie ihm nicht folge. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen verurtheilt der Gerichtshof den Angeklagten Meiers zu 18 Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Zuchthaus, die Angeklagte Wüsten zu sechs Monaten Gefängnis.

Brandstiftung in der Pflanzstation.

Königsberg P., den 28. Februar.
Aus Rücksicht gegen einen ungetreuen Liebhaber hat sich das Dienstmädchen Johanna Schatz zu einer fast ungläublichen That hinreichend lassen, die nimmend das hiesige Kriegsgericht beschuldigt. Die erst 17 Jahre alte Angeklagte unterzieht mit einem Soldaten von der Pflanzstation ein Liebesverhältnis, das der Soldat aber nicht ernst nahm. Als die Angeklagte erfuhr, daß ihr Geliebter seine Gunst auch anderen Mädchen schenkte, beschloß sie sich zu rächen. Sie schlich sich in die Pflanzstation und zündete Stroh an, das sich in einem Anbau auf dem Dach befand. Wie sie eingestand, war dabei ihr Mord, daß dabei die ganze Pflanzstation und ihr Geliebter mit verbrennen sollte. Das Feuer nahm seinen größeren Umfang an, da es bald entzündet wurde, nur der Dachstuhl wurde zum Teil zerstört. Nachher kamen dem Mädchen Bedenken über die Folgen ihrer That, so daß sie den Ernst ihres That, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, und zwar durch Selbstvergiftung. Sie begab sich in einen Neubau und zündete ihre lagernde Kohlpisane an. Als ihr aber der beßere Qualm in die Augen drang, wurde ihr das Vorhaben leid. Sie ging zur Polizei und legte dort reumütig ein Geständnis ab. Die Folge war die Anklage wegen verurtheilten Mordes und verurtheilte Brandstiftung; letzteres Vergehen wird bekanntlich in Kriegsgerichts sehr streng bestraft. Das Gericht berücksichtigt aber, daß die Angeklagte noch völlig unbescholten ist und große Reue über ihre unüberlegte That an den Tag legte; so lautete das Urteil nur auf vier Jahre Gefängnis.

Vermischtes.

Kindermord bringt es an den Tag.
Altenstein, den 27. Februar.

Das zehnjährige Schulmädchen Epborra rühmte sich ihrem Mithilferinnen gegenüber damit, daß ihr Vater viel Wein im Keller habe, den der Onkel Kühnig mitgebracht habe. Der Onkel ist Jagarettinspektor und bekommt von vielen Seiten Geschenke. Diese Reden kamen der Militärverwaltung zu Ohren, die daraufhin eine Untersuchung anstellte. Bei dem „Onkel Kühnig“ wurde eine Hausunglung vorgenommen, die in Wirklichkeit einen großen Weinmord aufdeckte. Der Wein war für die Jagarettin bestimmt gewesen. Kühnig hatte den Intendantinspektor Epborra zur Annahme des Weines unter der falschen Angabe bewogen, es handle sich um Probenwein, über den er die Verfügung habe. Epborra, obwohl sie Kühnig wurde durch das hiesige Feld-Kriegsgericht gestiftet. Ersterer wurde freigesprochen, das Gericht ihm glaubte, daß er von der unrechtmäßigen Herkunft des Weines nichts gewußt habe. Der „Onkel Kühnig“ dagegen erhielt wegen Diebstahls drei Monate Gefängnis.

Wahnsinnig.
WTB Berlin, 1. März. Ueber die Schreien der Wahnsinnigen heißt es im „B. T.“ aus Rom: In dem durch das letzte Erdbeben halberstürzten Städtchen Cucculi beging ein Wahnsinniger eine fürchterliche That. Staatsingenieure wollten ein baufälliges Haus niederlegen. Hierbei wurde der Besitzer des Hauses so erregt, daß er den Ingenieuren, einen Polizeikommissar, zwei Carabinieri und eine Dame durch Revolverhölle bedrohte. Darauf verbarbarisierte er sich in keinem Sinne, das von der Polizei befragt wird.

Die gestohlenen Gemälde wiedergefunden.

WTB. Wien, 1. März. Die Polizei verhaftete den Urheber des am 27. Februar gemeldeten großen Bilderdiebstahls. Der Täter ist ein einflussreicher Kammerdiener des k. k. Hofes. In der Wohnung des Adolfs Kranz. Sämtliche Bilder im Werte von 250 000 Kronen wurden wieder wiedergefunden.

Letzte Depeschen.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses
Hervorragende Leistungen der Eisenbahnverwaltung.
WTB. Berlin, 1. März. In der verklärten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde heute der Etat der Eisenbahnverwaltung genehmigt. Bei dieser Gelegenheit wurde sowohl den Vorjahren wie von den Mitgliedern hohe Anerkennung gesollt für die großen Leistungen, durch die die Eisenbahnverwaltung den in Folge des Krieges an sie herangetretenen Anforderungen in volstem Maße entsprochen habe. Der Minister hob hervor, daß seit dem 2. November 1914 70 Proz. aller von dem Kriege in Betrieb genommenen Zugverbindungen wieder herstellbar seien. Der Personen- und Güterverkehr hatten sich fortlaufend bis zum Januar 1915 geholt, ersterer auf über 80, und der Güterverkehr auf über 90 Proz. des normalen Verkehrs. Auf Ausnahmetarife sei überall, wo es die Lage erforderte, Bedacht genommen.

Das Urteil im Spionageprozess Berna.

WTB. Leipzig, 1. März. Im Spionageprozess Berna wurde heute nachmittag vom Reichsgericht das Urteil verkündet. Lulu Berna wurde wegen fortgesetzten Verraths militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, Leo Berna wegen des gleichen Verbrechens sowie wegen Beihilfe zum verurtheilten Verrat in zwei Fällen zu acht Jahren Zuchthaus. Gegen jeden der beiden Angeklagten wurde außerdem auf 10 Jahre Ehrverlust und Zuchthausstrafe der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Dem Angeklagten Lulu Berna wurden zwei Monate dem Angeklagten Leo Berna acht Monate der ersten Untersuchungshaft auf die Strafe angedreht. Lulu Berna war in Basel jahrelang Vermittler für das französische Nachrichtenbureau in Belgien, und Leo Berna als Spion tätig. Ein Gendarmeriewachmeister, der um Nachrichten angegangen worden war, hat mit Genehmigung der deutschen Behörde den Angeklagten lange Zeit hindurch irreführende Nachrichten geliefert und dadurch den Schaden wesentlich abgemildert, bis es schließlich gelang, die Angeklagten zu fassen.

Die belgischen Briefträger nehmen den Dienst wieder auf.

WTB. Brüssel, 1. März. Heute vormittag haben die belgischen Briefträger ihren Dienst wieder aufgenommen, den sie bis jetzt auf Befehl des Ministers für Post- und Eisenbahnen verweigert hatten. Im Stadbezirk Brüssel finden jetzt täglich zwei Postbefestigungen statt.

Truppenverfügungen nach den Dardanellen.

TU. Rom, 1. März. Nach einer Meldung der „Tribuna“ aus London wurde vor einer Woche ein Regiment nach Gallipoli (in den Dardanellen) eingeschifft, das vereinigt mit indischen Truppen aus Ägypten, wahrscheinlich schon gelandet sei?

Englisch-französische Sorgen um die Passagierdampfer.

WTB. Basel, 1. März. Die „Nationalzeitung“ meldet, daß in den Häfen Genua, Calais, Boulogne und Le Havre strenge Vorschriften erlassen worden sind, welche die Passage irgend einer Militärperson auf Passagierdampfern im Reiseverkehr zwischen Paris und London verbieten. Dies soll die Sicherheit geben, daß solche Schiffe nicht als Truppentransportschiffe verkehrt werden. Uebrigens glaubt man, daß schon die große Schnelligkeit der Turbinendampfer und ihre Fahrt während der Nacht, so die Benützung des Periskops unmöglich ist, sie vor neuer Verperierung sichere.

„Harpation“ im Schlepptau gestunken.

WTB. Paris, 1. März. Der „Temps“ meldet aus dem Havre: Der englische Dampfer „Harpation“, dessen Fahrt vorgetrieben der Kap d'Antifer gesehen wurde, veranlaßt, bevor er nach Le Havre gelangt sein konnte.

General Pan in Petersburg.

WTB. Petersburg, 1. März. General Pan ist hier angekommen. Er wurde auf dem Bahnhof von einem zahlreichen Publikum begeistert begrüßt.

Vorstoß der österreichischen Flotte gegen Montenegro.

Milano, 1. März. „Unione“ berichtet: Der Vorstoß der österreichischen Flotte aus Cattaro gegen die montenegrinische Küste hat eine große moralische Wirkung auf die montenegrinische Bevölkerung ausgeübt. Die Flotte ist sehr mörderisch. Die Hoffnungen auf eine mildeame Hilfe des Dreierbundes im Kampf gegen Österreich sind jetzt nach dem letzten Kriegsmonat ohnehin ganz gelunten; selbst die montenegrinische Flotte ist bereits von den großen Entschlüssen, die dem Lande bisher bereitet worden sind. Die österreichische Flotte hatte die Abwesenheit der französischen Flotte benutzt, um die ganze montenegrinische Küste bis zur albanischen Grenze zu beschleichen.

Drohende Hungersnot auf Chios.

T. U. Athen, 1. März. Aus Chios wird die düstere Einstellung der Fahrten der griechischen Schiffe gemeldet. Chios ist abgegrenzt. Die 30 000 Köpfe zählende Bevölkerung lebt in Folge des Mangels an Mehl in Unruhe. Wenn nicht in den alternativen Tagen die Fahrten beginnen, so ist eine Hungersnot unermesslich.

Deutschenausweisungen aus Japan?

TU. Wien, 1. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Petersburger Telegraphenagentur berichtet aus Tokio, daß die dortigen Deutschen wegen des Konflikts mit China Japan verlassen müssen. Die deutschen Kriegsgefangenen müßten jetzt freigegeben werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berlin, 1. März. (Börse) (Finanzmarkt) Es ist unklar, daß die eingehenden Nachrichten gegen die Börsenberichtigung eine Rückwirkung auf den Aktienmarkt der freien Börsenverammlung ausübt. Der heutige erste Börsentag der neuen Woche läßt einen recht lebhaften und unzufriedenen Verlauf, ohne daß freilich ein Gewicht fallende Preiserschütterungen vorliefen. Gute Daltung zeigte wieder unsere deutschen Anleihen ansehlicher. Der Reichsanleihe, die bereits vorliegenden Anleihen ansehlicher; Anleihenvermittlung sehr lebhaft nach allen Richtungen hin. In Anleihenvermittlung herrschte einige Nachfrage für schwere Montanwerte, wie Gellertienzer, Phosphat, Oberlof, Laura und Deutsch-Luzemburger, auf die Preissteigerungen am Eisenmarkt. Von Aktien der Kriegsanleihe blieben Deutsche Pfaffen, Ludvig Cocco und Adler & Oppenheimer ansehlicher; Rheinmetall-Aktien sehr lebhaft nach allen Richtungen hin. Junge Erbschaften gefragt. Von ausländischen Zahlungsmitteln wurden Rubelnoten fürster angeboten; Man erwartet eine Neuauflage der Zahlungsmittel in Polen. Fest waren französische Noten. Tägliches Geld war zu 4 Prozent verlangt; Privatdiskont 4 Prozent und darunter.

Getreide.

Berlin, 1. März. In der Hoffnung, daß in diesen Tagen neue Zufuhren eintreffen würden, hat sich infolge des noch immer bestehenden Wagenmangels nicht erfüllt. Das Angebot blieb dabei im allgemeinen bescheiden; die Nachfrage aus mehreren Teilen der Provinz regte an. Nur in Süddeutschland herrschte einige Nachfrage für schwere Montanwerte, wie Gellertienzer, Phosphat, Oberlof, Laura und Deutsch-Luzemburger, auf die Preissteigerungen am Eisenmarkt. Von Aktien der Kriegsanleihe blieben Deutsche Pfaffen, Ludvig Cocco und Adler & Oppenheimer ansehlicher; Rheinmetall-Aktien sehr lebhaft nach allen Richtungen hin. Junge Erbschaften gefragt. Von ausländischen Zahlungsmitteln wurden Rubelnoten fürster angeboten; Man erwartet eine Neuauflage der Zahlungsmittel in Polen. Fest waren französische Noten. Tägliches Geld war zu 4 Prozent verlangt; Privatdiskont 4 Prozent und darunter.

In der Aufsichtsratsversammlung des Sächsischen Bauvereins wurde beschloffen.

der am 9. April d. Js. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 (I. B. 9) Prozent mit Rücksicht auf die Kriegslage vorzuschlagen.

S. Schumacher u. Söhne, Akt.-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung erklärte ein Aktionär, daß der sächsische Aufsichtsrat nicht auf die unzulässige Geschäftsleitung allein, sondern auf eine mangelhafte Führung des Betriebes zurückzuführen wäre. Er habe der Verwaltung vor längerer Zeit Anregungen gegeben und bitte um Auskunft, ob sie beherzigt worden wären. Der Vorsitzende, Bankdirektor, antwortete, daß die Geschäftsleitung sich nicht bei den Aktionären, die in der Aufsichtsratsversammlung seien, allein abgeben, sondern in der Aufsichtsratsversammlung abgeben. Der Direktor teilte mit, daß den Vorstößen des Aktionärs zufolge ein Demissionen worden wäre — er habe auch beim letzten Brand gute Ergebnisse erzielt; leider habe die Gesellschaft augenblicklich zu wenig Anträge, um weitere Verluste damit antizipieren zu können. Nach längerer Debatte über die Frage wurde der Geschäftsbericht genehmigt. Die Verwaltung hatte keinerlei Vorstände gemacht, wie der Reingewinn von 39 607 Mk. zu verteilen lie. Auf Antrag eines Gratulations, des Direktors wurde von der Thüringischen Landesbank in Weimar, der allein die Majorität des Aktienkapitals vertrat, wurde beschloffen, 30 000 Mk. zur Verteilung einer Dividende von 3 Prozent zu verwenden und 9007 Mk. auf neue Anträge.

Deutsche Treuhänder-Gesellschaft in Berlin.

der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 (I. B. 15) Prozent auf das Aktienkapital von 2 Mill. Mark vorzuschlagen.

Thüringische Landesbank, Akt.-Ges. in Weimar. In der Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschloffen, der auf den 19. März d. Js. einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 3 1/2 (I. B. 15) Prozent auf das Aktienkapital von 2 Mill. Mark vorzuschlagen. Nach längerer Debatte über die Frage wurde der Geschäftsbericht genehmigt. Die Verwaltung hatte keinerlei Vorstände gemacht, wie der Reingewinn von 39 607 Mk. zu verteilen lie. Auf Antrag eines Gratulations, des Direktors wurde von der Thüringischen Landesbank in Weimar, der allein die Majorität des Aktienkapitals vertrat, wurde beschloffen, 30 000 Mk. zur Verteilung einer Dividende von 3 Prozent zu verwenden und 9007 Mk. auf neue Anträge.

Zahlungsschwierigkeiten bei der Rheinischen Akt.-Ges. für Papierfabrikation in Neuh.

die für den nächsten Monat eine außerordentliche Generalversammlung zur Berichterstattung über den Stand des Unternehmens einberufen hätte, ist infolge der Zahlungsschwierigkeiten geraten und unter Geschäfts-aufsicht gestellt. Die Gesellschaft ist in den letzten Jahren 1911 und 1913 in liquidation.

Verkaufung der Berliner Mittelwerke. Im Einflange mit der jüngst erfolgten Erhöhung des Zementpreises ist in Berlin nimmend auch der Preis für Mörtele erheblich herabgesetzt worden. Seitens der Zentralverkaufsstelle Berliner Mittelwerke ist nämlich der Groß-Berliner Baugeschäften durch ein Rundschreiben mitgeteilt worden, daß der Mörtelepreis um 2 Mark erhöht worden ist. Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin hat zu der Preissteigerung bereits Stellung genommen und ist mit der Zentralverkaufsstelle wegen Milderung der Maßregel in Unterhandlung getreten.

Waren und Produkte.

Getreide.
Subwaren, 1. März. Getreide verkehrlos. Weizensteife: keine 16,50—16,60, arabe 18,70—16,80. Heller Rogglen: 50 Kr. 81 Kronen. Wetter: schön.

Getramen.

Originalbericht Gehr. Gause. Berlin, 27. Februar.

Schmalz: Die Nachfrage bleibt sehr reg, wegen die Zufuhren anbauender ungenügend sind. Bei fetter Tendenz sind die Preise nominiell.

Butter: Infolge der ermäßigten Preise ist die Nachfrage für alle Qualitäten etwas besser geworden, doch genügt die Zufuhren bisher infolgedessen Butter vollkommen zur Deckung des Bedarfs. Die Auslieferung ist heute noch nicht erfolgt, so daß die Preise eine Neigung zeigen. Die heutigen Notierungen sind: Dorf- und Genußschmalzbutter Ia Qualität 137—140 Mk., besa. Ia Qualität 134—135 Mk.

Eierbericht vom 1. März. Eier pro Schuß: Vollreiche im Inlande 7,70 Mk., im- und ausländische bejette Sorten 7,30—7,40 Mk. — Tendenz: rubia.

Warenmarkt: In den politischen Zeit. Siegfried Dyd, für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Handel, Eugen Brinkmann; Neustadt, Vermischtes usw.; S. B. Siegfried Dyd; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baez; für den Anzeigenteil: Albert Bartz; Dyd und Verlag von Otto Sende. Sämtlich in Halle.